

SP Kanton Bern - Postfach 1096 - 3000 Bern 23

Finanzdirektion des Kantons Bern
Generalsekretariat
Münsterplatz 12
3011 Bern
andreas.schmutz@fin.be.ch



Bern, 18. Juni 2014

VERNEHMLASSUNGSANTWORT ÄNDERUNG DES STAATSBEITRAGSGESETZES

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Staatsbeitragsgesetzes. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Die SP Kanton Bern begrüsst sämtliche der vorliegenden Änderungsvorschläge und teilt die Meinung, dass die Überarbeitung des rund 20 Jahre alten Gesetzes angebracht ist.

2 STELLUNGNAHME ZU DEN NEUERUNGEN

Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben einige Male aufgezeigt, dass eine Rechtsgrundlage fehlt, um beispielsweise durch Überdeckungen oder zu viel bezahlte Staatsbeiträge Rückforderungsansprüche zu stellen. Diese Lücke wird nun mit der Schaffung der entsprechenden Rechtsgrundlage in den Artikeln 15a und 19 geschlossen.

Weiter spricht sich die SP dafür aus, dass auch bei mangelhafter oder Nichterfüllung des Auftrags Rückforderungen bei Staatsbeiträgen gestellt werden können. Wir finden es richtig, dass der gleiche Mechanismus auch bei Zweckentfremdung oder Veräusserung eines Objekts gelten soll, wenn dafür Finanzhilfen geleistet worden sind. Hier stellt sich jedoch die Frage nach der

Verjährung des Rückforderungsanspruchs, die wohl in einer Verordnung festgelegt werden müsste.

Die SP Kanton Bern begrüsst zudem sehr, dass in Art. 7a neue Regelungen zur Einhaltung der Lohnleichheit eingeführt werden.

Die SP will bei den Vorgaben bezüglich des Lohns noch einen Schritt weiter gehen und fordert die Einführung einer Mindestlohnregelung. Analog zu Art. 13 Abs. 3 könnte eine Regelung eingefügt werden, die Auftragsnehmer dazu verpflichtet, keine Löhne unter dem tiefsten im Kanton Bern geltenden Stundenansatz auszurichten.

Wichtig erscheint uns ebenso, dass neu Leistungsverträge im Gesetz ausdrücklich erwähnt sind und dass in Art. 13c nicht abschliessende Inhaltskriterien festgelegt werden.

Wir bitten Sie, insbesondere unseren Vorschlag zu den Mindestlöhnen bei der Auswertung der Vernehmlassung zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Roland Näf
Parteipräsident



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär